

## "Eine revolutionäre Initiative" in Le Monde (11. Mai 1950)

**Legende:** Am Tag der Erklärung Robert Schumans vom 9. Mai 1950 untersucht die französische Tageszeitung Le Monde die Chancen und Risiken des zukünftigen europäischen gemeinsamen Marktes.

**Quelle:** Le Monde. dir. de publ. Hubert Beuve-Méry. 11.05.1950, n° 1 645. Paris: Le Monde. "Une initiative révolutionnaire", auteur:M. T. , p. 1.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/eine\\_revolutionare\\_initiative\\_in\\_le\\_monde\\_11\\_mai\\_1950-de-44baf6f2-db80-4fbo-8f5f-2bdb654f29fe.html](http://www.cvce.eu/obj/eine_revolutionare_initiative_in_le_monde_11_mai_1950-de-44baf6f2-db80-4fbo-8f5f-2bdb654f29fe.html)



**Publication date:** 06/07/2016

## Eine revolutionäre Initiative

Der Vorschlag Robert Schumans zur deutsch-französischen Kohle- und Stahlproduktion basiert auf Wirtschaftsdaten, die man sich kurz in Erinnerung rufen sollte.

Die französische und die deutsche Wirtschaft ergänzen sich in dieser Beziehung in gewisser Weise. Unser französisches Hüttenwesen verfügt in Frankreich nicht über ausreichend Kohle, oder zumindest verkokbarer Kohle, besitzt dafür aber Erz im Überfluss. Genau daran fehlt es der deutschen Schwerindustrie. Deshalb denkt man seit langem darüber nach, die Kohle aus dem Ruhrgebiet und das Erz aus Lothringen auf die eine oder andere Weise zusammenzulegen. Der Vorschlag von Robert Schuman geht aber weit über diese Art „Kombinat“ hinaus und unterscheidet sich gänzlich davon.

Auf der anderen Seite befinden sich die Eisen- und Stahlindustrien beider Länder im Wettbewerb zueinander. Die Begrenzung der deutschen Erzeugung durch die Besatzungsmächte ist nur eine provisorische Lösung. Das Problem wird noch dazu dadurch verschärft, dass die anderen europäischen Staaten sich ebenfalls um den Ausbau ihrer Eisen- und Stahlerzeugung bemühen. Der Wirtschaftskommission für Europa zufolge würde die Stahlproduktion 1952 oder 1953 den Verbrauchsbedarf überschreiten, falls die der OEEC vorgelegten Programme, die der OEEC ausgeführt würden. Organisationen wie das internationale Stahlkartell sowie verschiedene Verkaufsbüros waren ehemals eingerichtet worden, um den Wettbewerb zwischen Frankreich, Deutschland und anderen Ländern abzuschwächen, insbesondere durch eine Aufteilung der Märkte. Die französische Regierung versucht, das Problem auf einem ganz anderen Weg zu lösen.

Der Verwalter des Marshallplans Hoffman hat Europa dazu aufgefordert, einen Binnenmarkt zu schaffen, innerhalb dessen Grenzen ein freier Warenverkehr stattfinden könnte. Frankreich und Deutschland werden dank der von der französischen Regierung vorgeschlagenen Union einen Binnenmarkt für Kohle und Stahl bilden. In welchem Maß würde diese Freizügigkeit auf halbfertige und fertige Produkte ausgeweitet werden? Das sagt man uns nicht. Wahrscheinlich wird diese Ausweitung progressiv vollzogen werden. Da die Union auf der anderen Seite auch anderen Staaten offen steht, könnte sich der Binnenmarkt progressiv ausdehnen, bis er ganz Europa umfasst. Die Aufhebung der Zollgebühren und der Wettbewerb zwischen den Unternehmen würden die Selbstkostenpreise senken und so den Verbrauch ankurbeln. Besonders Afrika würde neue Absatzmärkte für die europäische Produktion bieten.

Trotzdem wäre der gemeinsame Markt nicht wirklich frei. Ließe man dem Wettbewerb freien Lauf, so würden die Wirtschaftssysteme beider Länder Erschütterungen riskieren. Dann wäre ein Großteil unserer Steinkohlebergwerke nicht in der Lage, sich gegen die deutsche Kohle zu behaupten. Deshalb wird die Schaffung einer Behörde vorgeschlagen, die die Produktion und die Investitionen leiten und planen würde.

Die Befugnisse dieser Organisation sind noch nicht festgelegt worden, aber sie müssten sehr umfangreich sein. Um die Erzeugung zu rationalisieren und die Selbstkostenpreise zu senken, müssten die schwächsten Unternehmen geschlossen, die Investitionen gelenkt und die Produktion spezialisiert werden. Der Status quo, der sich aus dem Zollschutz ergeben hat, müsste angetastet werden.

Die Schwierigkeiten sind noch gravierender, da die Pläne, mit deren Umsetzung wir vor einigen Jahren begonnen haben, sich auf die nationale Ebene beschränken. Um in gewisser Weise auf den Ruhrkoks verzichten zu können, haben wir zum Beispiel ein Nutzungsprogramm für Kohle aus Lothringen und aus dem Saarland für die Eisen- und Stahlindustrie eingerichtet. Riesige Walzmaschinen werden in Nord- und Ostfrankreich hergestellt. Wie werden diese Programme an einen gemeinsamen deutsch-französischen Plan angepasst werden?

Die zurzeit bestehenden Unterschiede zwischen den Preisen und den Gehältern stellen kein großes Hindernis dar. Ausgleichsmaßnahmen können leicht gefunden werden. Der gesamte Produktionsapparat der Kohle- sowie der Eisen- und Stahlindustrie aber muss umgestaltet werden, ob auf freiwilliger oder behördlicher Ebene. In dieser Hinsicht kann man den französischen Vorschlag als revolutionär bezeichnen.

M. T.